

Bekanntmachung

Über die Einfuhr von Zigarettenrohmaterial. Vom 19. April 1916.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 327) folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Zigarettenrohmaterial, das aus dem Ausland eingeführt wird, ist, soweit der Reichskanzler dies bestimmt, an die Zigarettenrohmaterial-Einkaufsgesellschaft m. b. H. in Berlin zu liefern. Der Reichskanzler kann bestimmen, welche Tabake als Zigarettenrohmaterial im Sinne dieser Verordnung anzusehen sind.

Die Ablieferung von mehr als 15 vom Hundert der eingeführten Tabakmengen kann nur mit Zustimmung des Bundesrats angeordnet werden.

§ 2. Der Reichskanzler kann die näheren Bedingungen für die Lieferung des Tabaks an die Gesellschaft und für den Vertrieb des Tabaks durch die Gesellschaft festlegen; er erläßt die erforderlichen Ausführungsbestimmungen. Er kann bestimmen, daß Zuwiderhandlungen mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu fünfzehnhundert Mark bestraft und daß neben der Strafe der Tabak, auf den sich die Zuwiderhandlung bezieht, ohne Unterschied, ob er dem Täter gehört oder nicht, eingezogen wird.

§ 3. Der Reichskanzler kann Ausnahmen zulassen. Er kann Vorschriften über die Durchführung von Zigarettenrohmaterial erlassen.

§ 4. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Der Reichskanzler bestimmt den Zeitpunkt des Außerkrafttretens.

Berlin, den 19. April 1916.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers,
Delbrück.

Ausführungsbestimmungen

zur Verordnung des Bundesrats vom 19. April 1916 über die Einfuhr von Zigarettenrohmaterial. Vom 20. April 1916.

Auf Grund der §§ 2 und 3 der Verordnung des Bundesrats über die Einfuhr von Zigarettenrohmaterial vom 19. April 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 313) wird bestimmt:

§ 1. Wer aus dem Ausland Zigarettenrohmaterial einführt, ist verpflichtet, den Eingang des Zigarettenrohmaterials im Inland der Zigarettenrohmaterial-Einkaufsgesellschaft m. b. H. in Berlin unter Angabe der Menge, der Art, des im einzelnen bezahlten Einkaufspreises und des Aufbewahrungsortes unverzüglich anzuzeigen; die Anzeige hat durch eingeschriebenen Brief zu erfolgen. Dabei ist hinsichtlich ein von der Zigarettenrohmaterial-Einkaufsgesellschaft m. b. H. vorgeschriebenes Formular zu benutzen.

Als Einführender im Sinne dieser Bestimmung gilt, wer nach Eingang der Ware im Inland zur Verfügung über sie für eigene oder fremde Rechnung berechtigt ist. Befindet sich der Verfügungsberechtigte nicht im Inland, so tritt an seine Stelle der Empfänger.

Als Zigarettenrohmaterial im Sinne dieser Bestimmungen gelten orientalische und diesen gleichartige Tabake.

§ 2. Wer aus dem Ausland Zigarettenrohmaterial einführt, hat der Zigarettenrohmaterial-Einkaufsgesellschaft bis zu 15 vom Hundert der einzelnen eingeführten Gattungen auf Verlangen nach ihrer Wahl zu überlassen. Der Einführende hat den gesamten eingeführten Tabak mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns zu behandeln, in handelsüblicher Weise zu versichern, sowie ihn der Zigarettenrohmaterial-Einkaufsgesellschaft auf Verlangen an einem von ihr zu bestimmenden Orte zur Besichtigung zu stellen.

§ 3. Die Zigarettenrohmaterial-Einkaufsgesellschaft hat sich unverzüglich nach Empfang der Anzeige (§ 1) und, wenn eine Besichtigung vorgenommen wird, nach der Besichtigung zu erklären, welchen Teil des eingeführten Zigarettenrohmaterials sie übernehmen will.

Der Einführende hat den von der Gesellschaft gewählten Tabak alsbald auszuliefern und auf Abruf nach den Anweisungen der Gesellschaft zu verladen. Die Verpflichtung zur sorgfältigen Behandlung und Versicherung (§ 2 Satz 2) endet für den freibleibenden Tabak mit der Auslieferung, für den ausgeforderten Teil mit der Abnahme durch die Gesellschaft.

§ 4. Die Zigarettenrohmaterial-Einkaufsgesellschaft hat für den von ihr übernommenen Zigarettenrohmaterial einen angemessenen Uebernahmepreis zu zahlen. Der Uebernahmepreis darf den Einkaufspreis zuzüglich der tatsächlichen Transportkosten und eines Aufschlags von 5 vom Hundert des Einkaufspreises für die allgemeinen Unkosten nicht übersteigen.

§ 5. Der Einführende mit dem von der Zigarettenrohmaterial-Einkaufsgesellschaft gebotenen Preise nicht einverstanden, so setzt ein Ausschuss den Preis endgültig fest; der Ausschuss bestimmt auch,

wer die baren Auslagen des Verfahrens, insbesondere die Kosten eines von ihm etwa eingeholten Gutachtens, zu tragen hat.

Der Reichskanzler ernennt den Vorsitzenden des Ausschusses, seine Mitglieder und deren Stellvertreter.

Der Ausschuss entscheidet in der Befugnis mit dem Vorsitzenden und vier Mitgliedern, von welchen mindestens drei sachkundig sein müssen.

Der Reichskanzler kann allgemeine Grundsätze aufstellen, die der Ausschuss bei seinen Entscheidungen zu befolgen hat.

§ 5. Der Verpflichtete hat ohne Rücksicht auf die endgültige Festsetzung des Preises zu liefern, die Zigarettenrohmaterial-Einkaufsgesellschaft vorläufig den von ihr für angemessen erachteten Preis zu zahlen.

Erfolgt die Ueberlassung nicht freiwillig, so wird das Eigentum auf Antrag der Zigarettenrohmaterial-Einkaufsgesellschaft durch Anordnung der von der Landeszentralbehörde bestimmten Person übertragen. Die Anordnung ist an den zur Ueberlassung Verpflichteten zu richten. Das Eigentum geht über, sobald die Anordnung ihm zugeht.

§ 6. Die Abnahme hat auf Verlangen des Verpflichteten spätestens binnen 14 Tagen von dem Tage ab zu erfolgen, an welchem der Zigarettenrohmaterial-Einkaufsgesellschaft das Verlangen zugeht. Erfolgt die Abnahme innerhalb der Frist nicht, so geht die Gefahr des Unterganges und der Verschlechterung auf die Zigarettenrohmaterial-Einkaufsgesellschaft über, und der Kaufpreis ist von diesem Zeitpunkt ab mit 1 vom Hundert über dem jeweiligen Reichsbankdiskontsatz zu verzinsen. Die Zahlung erfolgt spätestens 14 Tage nach Abnahme oder 4 Wochen nach dem Tage, an welchem der Zigarettenrohmaterial-Einkaufsgesellschaft das Verlangen, den Tabak abzunehmen, zugegangen ist. Für streitige Restbeträge beginnt die Frist mit dem Tage, an dem die Entscheidung des Ausschusses der Zigarettenrohmaterial-Einkaufsgesellschaft zugeht.

§ 7. Alle Streitigkeiten, die sich zwischen den Beteiligten über die Lieferung, Aufbewahrung, Versicherung und den Eigentumsübergang ergeben, entscheidet endgültig eine von der Landeszentralbehörde bestimmte Stelle, soweit nicht nach § 4 der Ausschuss zuständig ist.

§ 8. Die Zigarettenrohmaterial-Einkaufsgesellschaft hat den von ihr übernommenen Zigarettenrohmaterial an die Zigarettenhersteller mit Ausschluß derjenigen, die selbst Tabak einführen, abzugeben. Daneben können reine Zigarettenrohmaterialschneidereien nach Ermessen des Vorstandes berücksichtigt werden. Die Abgabe kann auch durch Einschreibung oder Versteigerung erfolgen.

§ 9. Auf Zigarettenrohmaterial, der als Durchführungsendung abgegeben war, aber in Deutschland gelagert wird, finden diese Bestimmungen Anwendung.

§ 10. Mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu fünfzehnhundert Mark wird bestraft, wer den Vorschriften im § 1 Abs. 1 Satz 1, § 2 oder § 3 Abs. 2 dieser Bekanntmachung zuwiderhandelt.

Bei Zuwiderhandlungen gegen die Anzeige- und Lieferungsverpflichtung kann neben der Strafe der Zigarettenrohmaterial, auf den sich die Zuwiderhandlung bezieht, eingezogen werden, ohne Unterschied, ob er dem Täter gehört oder nicht.

§ 11. Diese Bekanntmachung tritt mit dem Tage der Verkündung, der § 10 mit dem 25. April 1916 in Kraft.

Berlin, den 20. April 1916.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers,
Delbrück.

Bekanntmachung

Vom 26. April 1916.

Als Behörden und Stellen, die zum Erlaß der nach den §§ 5, 7 der von dem Reichskanzler erlassenen Ausführungsbestimmungen zur Verordnung des Bundesrats vom 19. April 1916 über die Einfuhr von Zigarettenrohmaterial (Reichs-Gesetzbl. S. 317) zu treffenden Anordnungen oder sonstigen Entscheidungen zuständig sind, werden die Kreisämter bestimmt.

Darmstadt, den 26. April 1916.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
v. Homberg!

Bekanntmachung

betreffend Ausnahme von dem Zahlungsverbot gegen Rußland und von der Sperrung feindlichen Vermögens. Vom 19. April 1916.
Auf Grund des § 7 Abs. 1 der Verordnung, betr. Zahlungsverbot gegen England, vom 30. September 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 421) und der Bekanntmachung, betr. Zahlungsverbot gegen Rußland, vom 19. November 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 479), sowie der §§ 8, 10 der Verordnung über die Anmeldeung des im Inland befindlichen Vermögens von Angehörigen feindlicher Staaten vom 7. Oktober 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 633) wird folgendes bestimmt:

